

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.36.
Durch die Post im Orts- und Ober-
amtsbereich sowie im sonstigen In-
landsverkehr RM. 1.36 mit
Postzuschlag. Preis freibleibend.
Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückerstattung
des Bezugspreises.
Abstellungen nehmen alle Post-
ämter, sowie Agenturen und
Kaufhäuser jederzeit entgegen.
Gesamtdruck N. 4.
Exemplar Nr. 14 bei der Oberamts-
Spargasse Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 246

Donnerstag den 20. Oktober 1932

90. Jahrgang

Inhalt der Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen

W. Berlin, 19. Okt. Die Verordnung bringt an erster Stelle eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für den bevorstehenden Winter. Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Arbeitsunterstützung nach den Lohnklassen I bis VI mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, erhalten zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage. Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je 6 Unterstützungstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen 2 RM.; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf 3 RM. und bei mehr als vier Angehörigen auf 4 RM.

Die neue Verordnung beseitigt ferner Schwierigkeiten und Härten, die sich aus der Ortsklasseneinteilung der Notverordnung vom 14. Juni ergaben. Künftig werden alle Orte, die mehr als 5000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder der Ortsklasse A zugerechnet. Ferner: Bisher waren für die Arbeitslosenunterstützung die Orte der Klasse B in zwei Gruppen eingeteilt; je nachdem sie mehr als 1000 Einwohner oder weniger haben. Jetzt fällt diese Einteilung fort; in allen Orten der Klasse B beträgt die Unterstützung künftig so viel, wie sie bisher nur in den Orten mit mehr als 10000 Einwohnern betrug.

Die Reichsregierung war im Sommer dieses Jahres wegen der trostlosen finanziellen Lage des Versicherungsträgers zu starken Einschränkungen in der Arbeitslosenunterstützung gezwungen. Sie hat damals die harten Maßnahmen nicht vermeiden können, sie begrüßt es, daß jetzt in gewissen Umfang die Möglichkeit geboten ist, die Leistungen zu ergänzen. Durch die neuen Maßnahmen der Reichsregierung steigen den Arbeitslosen jetzt monatlich 10 Millionen RM. mehr zu als bisher. Die Reichsregierung beabsichtigt, in dieser Hinsicht noch mehr zu tun, sobald die finanzielle Lage es zuläßt. Die neue Verordnung enthält eine weitere Vorschrift, wonach zum Ausgleich von Härten, die sich in besonderen Fällen aus der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nach Ortsklassen und Gemeindegrößen in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 ergeben, aus den Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Betrag bis zur Höhe von 8 Millionen RM. verwendet werden kann.

In der Krankenversicherung hat die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sämtliche Mehrleistungen beseitigt. Die Wiedergewährung war nur zulässig, wenn der höchste Beitrag

bestimmte Grenzen (im allgemeinen 5 v. H. des Grundlohnes) nicht übersteigt. Die neue Verordnung läßt im beschränkten Umfang Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherter auch bei Überschreiten des Höchstbetrags wieder zu. Es soll gestattet sein, Krankenhospitale für Familienangehörige oder einen Zufußfall anstelle der Krankenhospitale zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen, das bei Aufnahme eines Versicherten in das Krankenhaus für seine Familie zu zahlen ist. Beitragserhöhungen dafür werden im allgemeinen nicht notwendig sein.

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 mindert alle Unfallrenten, auch die Renten für Unfälle der Gegenwart und Zukunft. Die neue Verordnung der Reichsregierung schreibt vor, daß die Renten für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1932 ereignen, nicht mehr gekürzt werden. Die Renten richten sich bei diesen Unfällen wieder lediglich nach dem Jahresarbeitsverdienst.

Ferner sieht die neue Verordnung Minderungen hinsichtlich der Kriegsoffizierrenten vor. Nach der Notverordnung vom 8. 12. 1931 bleiben von den auf die Sozialrenten anzurechnenden Versorgungsbezügen 2 RM. im Monat von der Anrechnung frei, soweit es sich um Renten handelt, die vor dem 1. Januar 1932 festgestellt sind. Diese Freigrenze soll nach der neuen Verordnung auch für die nach dem Stichtage festgestellten Renten gelten.

Schon die Notverordnung vom 14. Juli 1932 hatte in Aussicht genommen, daß in der Rentenversicherung für die Selbstverwaltung die Möglichkeit geschaffen werden sollte, die gesetzlichen Angelegenheiten durch Mehrleistungen zu ergänzen. Zur Ausführung dieser Vorschrift trifft die neue Verordnung die nötigen Bestimmungen. Danach wird die widersprüchliche Gewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen. Ueber die Mehrleistungen bestimmt die Zeitung. Sie bedarf aber der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Es wird auf Grund der neuen Vorschriften namentlich der Angehörigenversicherung die Erfüllung ihres Wunsch möglichst sein, die Gewährung von Familienrenten und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus fortzusetzen. Die Einführung von Mehrleistungen ist unzulässig, wenn sie die Deckung der Regelleistungen gefährden. Die Invalidenversicherung wird daher nicht an der Einführung von Mehrleistungen zurzeit noch nicht denken können. Auch hier kann sich aber die Lage ändern, wenn die finanziellen Unterlagen der Invalidenversicherung in Ordnung gebracht sind.

Oesterreich schließt Fakultäten

W. Wien, 19. Okt. Die Blätter melden, sieht der Haushaltsplan für 1933 trotz den nachdrücklichsten Einwänden des Unterrichtsministeriums außerordentlich einschneidende Sparmaßnahmen im Bildungswesen vor. Außer dem Abbau von etwa 150 Mittelschulen und Entlassungen zahlreicher Lehrkräfte soll vom Finanzminister die Aufhebung der Medizinischen Fakultät in Innsbruck, der Philosophischen Fakultät in Graz und der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Wien vorgeschlagen worden sein.

Die gesamte Presse nimmt gegen diese Pläne in schärfster Weise Stellung und bezeichnet sie als eine Verhöhnung an der kulturellen Vergangenheit Oesterreichs und als schwere Gefahr für seine kulturelle Zukunft. Die höchste Erregung herrscht aber in evangelischen Kreisen darüber, daß wie zu verlässig verlautet, über die Aufhebung der Evangelisch-Theologischen Fakultät an der Universität Wien bereits Beschluß gefaßt worden sei.

Der Dekan dieser Fakultät hat der Regierung eine Denkschrift übersandt, in der darauf hingewiesen wird, daß die Wiener Evangelisch-Theologische Fakultät die eigentliche und einzige deutsche evangelisch-theologische Bildungstätte für das gesamte Deutschland in Südost- und Osteuropa ist. Viele Kreise des In- und Auslandes würden die Auflösung als eine Verletzung der den evangelischen Glaubensgenossen im Protestantenpatent vom Jahre 1861 zugesagten Gleichberechtigung empfinden.

Vom Tage

Rumänien zahlt seit einem Jahr keine Gehälter

Die franzosenfreundliche Haltung Rumäniens brachte es mit sich, daß die Staatsfinanzen dort seit Jahr und Tag vollkommen zerrütet sind. So ist den Lehrern seit einem Jahr kein Gehalt mehr ausbezahlt worden und es ist vorgekommen, daß ein Lehrer einem Schulkind das Frühstück aus dem Schultasche sahl. Die Verheerlichkeit der halbverhungerten Beamtenschaft ist grenzenlos.

Oesterreich vor einer Haushaltskatastrophe?

Oesterreich hat die festgesetzte Ausgabenbegrenze von 1,9 Milliarden Schilling wieder überschritten. Der, wohl aus Sparmaßnahmengründen wieder abgebaute Sparkommissar Koedell wird jüngst darauf hin, daß Oesterreich unweigerlich in eine Finanzkatastrophe hineintreibt, wenn nicht keine Ausgaben auf 1,7 Milliarden herabgedrückt würden. Dies sei aber bei den derzeitigen parlamentarischen Zuständen nur mit Hilfe eines Notverordnungsgebildetes möglich.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Verteilung oder deren Raum 25 Pf., Reklamagelbe 10 Pf., Kollektivanzeigen 100 Pf. Zuschlag. Offerte und Aufnahmeverträge 20 Pf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverlehrens einfügig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für teils. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Prinz von Wales gegen deutsche Waren

Was man in Deutschland verschweig!

Warum der Prinz von Wales nach Skandinavien fuhr
Wie England ankurbelt

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter Dr. W.

Bei uns wird seit einigen Wochen die Wirtschaft heftig angekurbelt. In diesem Zwecke hat man mit der Kontingenzierungspolitik Wege eingeschlagen, die, wie verschiedene Neuerungen in der letzten Zeit beweisen, nicht den ungeteilten Beifall des Inlandes finden und die uns angrenzenden Staaten hat man dadurch kräftig in Harnisch gebracht, sodaß uns sogar handelsstrategische Maßnahmen angedroht werden. Die sogenannten „Tomatenkommission“ ist bereits unverrichteter Dinge aus Rom wieder heimgekehrt. Aber auch andere Staaten sind uns wegen der letzten Kontingenzierungsmaßnahmen nicht gerade freundlich gesinnt. Das trifft auch für Holland und die nordischen Reiche zu. Schweden, Norwegen und Dänemark sind davon ebenfalls betroffen und der englische Geschäftsmann hat sofort den Braten gerochen. Die Engländer schicken keinen Geringeren als den englischen Kronprinzen in Begleitung seines Bruders, der eine schwedische Prinzessin heiraten soll, schleunigst nach Skandinavien, wo die britischen Königshöhne sich einige Zeit aufhalten und, wie die London „Times“ schreiben, mit den großen Wirtschafts- und Handelskongressen enge Fühlung nehmen, um für den Fall, daß sich diese Staaten durch die deutschen handelspolitischen Maßnahmen geschädigt betrachten, gleich die englischen Interessen wahrzunehmen, kurz gesagt die Geschäftsmöglichkeiten nach Albion zu leiten.

Nun soll also der Prinz von Wales wieder einmal das englische Geschäft ankurbeln, der gut Freund und anscheinend mit Erfolg diesen Auftrag in den Nordländern ausgeführt hat, eine Konturrenne, die wir nicht unterschätzen dürfen. Wir haben bei uns bisher von der Prinzentour jedoch nur gehört, daß er sich auf der Rückfahrt in St. Pauli (Hamburg) in Begleitung von Herren der Habag gut unterhalten habe.

Der Kronprinz hat sich schon einmal für die Ankurbelung des britischen Exports verwendet, und zwar war dies vor zwei Jahren, als er als offizieller Geschäftsreisender Englands in Südamerika Stimmung für englische Waren machte. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika überschwebten, wie mir ein südamerikanischer Großkaufmann erzählte, ein geborener Deutscher, die Staaten Südamerikas mit ihren Artfellen, wobei die nordamerikanischen Exporteure bei ihren konsularischen Vertretungen in Südamerika die größtmögliche Unterstützung fanden. Dieses soll ganz der Einflussnahme Nordamerikas unterworfen werden, bei welcher Gelegenheit auch die deutsche Ausfuhr sehr in Mitleidenschaft gezogen wird.

Damals sah sich England, um nicht ganz an die Wand gedrückt zu werden, veranlaßt, etwas Besonderes zu tun und es schickte seinen Kronprinzen, der in aller Welt bekannt ist, als Geschäftreisenden regelrecht im Flugzeug in den Ländern Südamerikas herum und ließ seine Waren anpreisen. Es war eine ganz besondere Leistung britischer Reklamemänn. Dasselbe ist nun vor unseren Augen in den skandinavischen Ländern geschehen. Werden wir diesem Schlag unserer Konturrenne zu begegnen wissen?

Herriots Bericht vor dem Auswärtigen Ausschuss

W. Paris, 19. Okt. Vor dem Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten erstattete Herriot Bericht über die außenpolitische Lage. Die hierüber veröffentlichte Mitteilung besagt, daß der Ministerpräsident im einzelnen die geschichtliche Entwicklung der Forderung nach Gleichberechtigung geschildert, die Schritte der französischen Regierung in dieser Frage auseinandergesetzt und erklärt habe, daß er gegenwärtig an der Ausarbeitung von Vorschlägen mitarbeite, durch die Frankreich seinen Willen zeigen werde, auf dem Wege der Abrüstung soweit zu gehen, als ihm die Sorge um eine allen Nationen durch Artikel 8 versprochene Sicherheit erlaube.

Englische Kabinettsberatungen zur Abrüstungsfrage

W. London, 19. Okt. Das Kabinett hat sich heute wiederum mit dem Problem der Abrüstung und der durch die deutsche Weigerung, Genf als Tagungsort der Viermächtekonferenz zuzustimmen, geschaffenen Lage beschäftigt. Die diplomatischen Vorstellungen werden fortgesetzt. Die britische Regierung ist, wie verlautet, weiter von der Notwendigkeit überzeugt, eine informelle Konferenz unter Teilnahme Deutschlands zu irgend einem Zeitpunkt abzuhalten und die Arbeit der Abrüstungskonferenz wieder in Gang zu bringen.

Seltener Sachverständiger

Ein halbes Jahr schon währt der Beisebel-Prozess in Berlin. Das „Kleine Journal“ berichtet dazu, daß der Technische Beisebel als Sachverständigen den englischen Oberst Mansfield zugezogen habe. Nach Darlegungen des Blattes, dem wir die Verantwortung überlassen müssen, war dieser Oberst Vorkämpfer der internationalen Eisenbahnkommission im besetzten Gebiet nach dem Kriege. Die berüchtigte Kommission brachte zahlreiche deutsche Beamte um ihre Stellung und betrieb sie in grausamster Weise von Daus und Hof. Und Ober dieser verdammungswürdigen Kommission war nun jener Oberst, der heute vor einem deutschen Gericht gegen einen Deutschen als Sachverständiger auftritt. Wenn das nicht seltsam ist?...



Ein Rededuell

Dr. Goebbels in einer deutschnat. Versammlung

Berlin, 19. Oktober. (Eig. Meld.)

Die deutschnationalen Wahlversammlungen in der Hasenheide, wo Dr. Goebbels Gelegenheit gegeben wurde, mit dem Abg. Steiner und anderen deutschnationalen Rednern zu diskutieren, mußte schon eine Stunde vor Beginn vollständig geschlossen werden. In der Hasenheide waren Tausende von Menschen versammelt und unter Einsatz aller verfügbaren Polizeikräfte war es unmöglich, die Massen abzurufen. Zeitweise stochte der ganze Fuhrwerkverkehr. Gegen 1/8 Uhr war die Menge so stark angewachsen, daß die Polizei weitere Verstärkungen einfordern mußte.

Kurz nach 8 Uhr erschien Dr. Goebbels, von seinen Anhängern mit minutenlangen Beifallsrufen begrüßt im Saal. Die Deutschnationalen verhielten sich beim Erscheinen des Disziplinierungsredners durchaus ruhig.

Nachdem der Saal schon soweit wie möglich in dem großen Raum Ordnung geschaffen hatte, eröffnete Stadtrat Steinhoff die Versammlung. Er sprach dann zunächst der deutschnationalen Abgeordnete Schmitt-Hannover. Die deutschnationalen Parteimitglieder führten den Redner aus, kämpfte nach wie vor gegen die Diktatur, gegen den Verfall des Vaterlandes und gegen die Volkverherrlichung unseres deutschen Vaterlandes. Die Frage sei nur, wer sich an diesem Kampf beteilige. Als der Abgeordnete auf die Diktatur- und Jungantenne zu sprechen kam, ertönte aus der Versammlung ein vielstimmiges Oho, das den Redner veranlaßte, mit erhobener Stimme zu rufen, die Deutschnationalen hätten stets gegen den Diktator gestanden und seit jener Zeit sei eine Strukturwandlung innerhalb der DNVP vor sich gegangen, wie sie jetzt den Nationalsozialisten bevorstehe. Man dürfe nicht vergessen, fuhr der Redner fort, daß es bei Tausenden und Aberausenden guter Deutscher zurzeit der Wunsch sei, über den Parteihader hinaus die Idee von Darzburg verwirklichen zu können. Die Sorge dieser Tausende gehe dahin, daß die DNVP sich in ihren Grundanschauungen gewandelt habe. Welche Kreise des Volkes seien auch in Sorge darüber, daß die Mannschaften der Nationalsozialisten auf der Straße gegen den roten Mordterror aufzutreten, während im Landtag die DNVP mit den Kommunisten stimme. Sehr erregt wandte sich dann der Redner gegen die verschiedentlich in der nationalsozialistischen Presse aufgetretene Anschuldigung, daß die Deutschnationalen am 9. November 1918 in den Mansfeldern gefeselt seien. „Geben Sie denn“, so erklärte der Redner mit erhobener Stimme, „sein Gefühl dafür, wie Sie Männer beleidigen, die 1918 an der Front standen? Wissen Sie nichts von dem Niederwerfen des roten Terrors an der Ruhr und von den Kämpfen in Oberschlesien? Ich bin überzeugt, daß damals auch viele in den Reihen der Kämpfer gestanden haben, die heute Nationalsozialisten sind, aber man kommt doch nicht daran vorbei, daß z. B. Mitteldeutschland von dem von ihnen sehr übel behandelten Herrn Brücker gerettet worden ist.“

In seinen weiteren Ausführungen verteidigte der Abg. Schmitt dann die Politik Eugenbergs.

Nach minutenlangen Beifallsrufen und nachdem die Kapelle das Hängelielied gespielt hatte, erteilte der Leiter der Versammlung, Stadtrat Steinhoff, dem Abgeordneten Goebbels das Wort, der vorher die Bitte ausgesprochen hatte, 15 Minuten sprechen zu können.

Goebbels knüpfte in seiner Rede an das Wort des Vorredners an, es gelte, die Fehler des Systems zu liquidieren. Diese Parole sei von den Nationalsozialisten populär gemacht worden, als die Deutschnationalen noch in der Regierung saßen. Die DNVP habe die Abkühlung, das ganze Volk zu gewinnen, und wenn gefragt werde, woher das Geld für die Reformen komme, müsse er antworten, aus den Groschen unserer Arbeitslosen und den Parteigenossen, durch die 14 Millionen deutscher Volksgenossen ausgerüstet wurden. Auch die DNVP habe eine Strukturwandlung wie die Deutschnationalen Partei durchgemacht, aber sie habe sich oft von Menschen, die aber von der Sache getrennt, die Behauptung, daß die Nationalsozialisten den Reichspräsidenten abzusetzen geneigt seien, müsse er aufs schärfste dementieren. Die Nationalsozialisten unterstützten auch solche kommunistischen Anträge, von denen sie die Überzeugung haben, daß sie gut sind. Sie hätten für die Aufhebung des Rotfrontkämpferbundes gestimmt, weil sie den Rotfrontkämpferbund in verbotenem Zustand für viel gefährlicher halten. Der Kommunismus könne nur durch eine

Beltanschauung, nicht durch ein Verbot überwunden werden. Gegen die Bayernverordnungen hätten sie sich ausgesprochen, weil sie den Armen die größten Opfer auferlegten. Als dann Dr. Goebbels ausführte, daß die Nationalsozialisten mit dem Zentrum verhandelt hätten, um die Rechte des Volkes gegen die Regierung zu verteidigen, wurde er von dem aufstrebenden Polizeioffizier unterbrochen. Ueber den Unterschied zwischen seiner und der Deutschnationalen Partei führte er aus, der Nationalsozialismus werde keine Regierung unterstützen, die solche Verordnungen erläßt. Sie gäbe die Rechte der Armen nicht für vier Ministerposten her.

Zu den Wahlen vom 6. November äußerte Dr. Goebbels, daß der Volkswahlkreis mindestens um 1 1/2-2 Millionen steigen würde. Nur wenn eine wirkliche Volkswahlbewegung ausbräche, könne der Volkswahlkreis Einhalt geboten werden. In der Beibrage hätte Reichstagspräsident Göring ausländischen Pressevertretern erklärt, daß der Nationalsozialismus, wenn er noch so scharf gegen die Bayernregierung eingeleitet sei, in dieser Frage nur eine Meinung habe. In der Frage, warum der Nationalsozialismus am 13. August nicht die Macht ergriffen habe, erklärte Dr. Goebbels, daß der Einsatz ein Äquivalent in der Macht finden müsse. Wenn Bayerns Politik scheiterte, gebe er in den Ruhestand. Hitlers Fazio würde die 14 Millionen Deutsche ihrer letzten Hoffnung berauben. Ein solcher Vertrag verlange die Sicherheit der Gewinnung der Führung der deutschen Politik.

Nach einer sehr starken Polemik gegen Bayern schloß Dr. Goebbels seine Ausführungen unter dem tosenden Beifall der Versammlung mit dem Satz: Wir glauben an unsere Sache und sind so unbedingbar wie alle wahrhaft Gläubigen. Wir werden keine Politik machen, die den Volkswahlkreis schürt. Wir wollen nicht dasselbe erleben, was Spanien erleben mußte. Wir stellen das Wohl des Volkes über das Wohl der Partei. Auch er wolle sich gegen jeglichen Bruderkampf der nationalen Parteien wenden. Aber nur eine Partei könne die Führung haben, und das sei die Nationalsozialistische Partei.

Nach Dr. Goebbels sprach der deutschnationalen Abgeordnete Steiner, bei dessen Rede es zu heftigen Protestationen der Nationalsozialisten kam. Als der Redner erklärte, er sei bereit seine Soldatenhammrolle und die seines Freundes Schmitt-Hannover auf den Tisch zu legen und dann den Abgeordneten Goebbels sitzen, die seine Handen zu legen, erob sich ein ungeheurer Proteststurm. Nach minutenlangem Lärm stimmten die Nationalsozialisten das Dorf-Besetz-Wort an, während die Nationalsozialisten den Lärm ein, und sangen die erste Strophe des Liedes mit erhobener Arm. Jedoch nach dem Befehl, die Hände zu senken, wurde es einigermaßen ruhig und der Abg. Steiner konnte seine Ausführungen fortsetzen. Er stellte fest, er habe Dr. Goebbels nicht daraus einen Vorwurf machen wollen, daß er aus Gründen, die niemand anzweifelt, nicht im Felde gewesen sei, sondern darüber, daß er die Redendart von den Mansfeldern immer veralgemeinert habe.

Der Redner kritisierte die Koalitionsverhandlungen der Nationalsozialisten mit dem Zentrum, wobei er betonte, die Nationalsozialisten müßten sich doch darüber klar sein, daß das Zentrum nicht verhandelt, um sich ihnen zu unterwerfen, sondern um einen Weg zur Renaissance des Weimarer Systems zu finden.

Landtagsabgeordneter Steiner schloß seine Ausführungen mit den Worten, die Deutschnationalen wollten ein Deutschland, das aus allen nationalen Kreisen bestehe.

Dr. Goebbels antwortete u. a., der Nationalsozialismus wolle die Ursachen deutscher Revolutionen beseitigen. Hitlers historisches Verdienst sei, daß er die Umwandlung vieler Menschen, die nie zu einer bürgerlichen Partei gegangen seien, aus der nationalen Bewegung verhindert habe. Der Nationalsozialismus wolle die Verantwortung, aber auch die Macht, Goebbels sagte, er identifiziere sich nicht mit dem Faschismus oder Mussolini, aber er glaube, daß der Nationalsozialismus über Hitler einmal die gleiche Rolle in Deutschland spielen würden.

Als Dr. Goebbels geendet hatte, stimmten die Nationalsozialisten das Dorf-Besetz-Wort an. Es dauerte einige Minuten, bis Reichstagsabgeordneter Schmitt das Schlußwort ergreifen konnte.

Nachdem der Versammlungsleiter dem Abgeordneten Schmitt-Hannover das Schlußwort erteilt hatte, legten wiederum im Saal lauter Lärm und laute Beifallsrufe ein, so daß

der Redner sich nicht verständlich machen konnte.

Dr. Goebbels betrat noch einmal das Rednerpult und erklärte, seine Anhänger würden sich die Schlußworte nur dann ruhig mit anhören, wenn die Ausführungen nicht dazu benutzt würden, aufs neue gegen die Nationalsozialisten zu hetzen. Stadtrat Steinhoff ersuchte wiederholt, Dr. Goebbels das Wort zu entziehen, was jedesmal aus der Versammlung heraus mit lauten Protestrufen beantwortet wurde. Schließlich trat fesselt Ruhe ein, daß Schmitt-Hannover noch einmal sprechen konnte. Er bedauerte, so führte der Redner u. a. aus, daß Dr. Goebbels nicht auf alle seine Fragen geantwortet habe. Ferner müsse er sein Bedauern darüber ausdrücken, daß Dr. Goebbels mit seinem Wort darauf eingegangen sei, daß auch in den Reihen der Nationalsozialisten viele den Diktator begrüßt hätten. Bei diesen Worten setzte von neuem ein erregter Proteststurm ein, so daß die weiteren Ausführungen des Redners in dem allgemeinen Tumult untergingen. Als Stadtrat Steinhoff mit der Polizei drohte, war es mit der Ruhe vollkommen vorbei. Um Zwischenfälle zu vermeiden, spielte die Kapelle das Lied „Deutschland hoch in Ehren“, das von allen Versammlungsteilnehmern mitgeführt wurde. Die Versammlung wurde darauf geschlossen. Dr. Goebbels verließ unter den Beifallsrufen seiner Anhänger den Saal.

Nach Schluß des Diskussionsabends konnte unter außerordentlich hartem Polizeiaufsicht der Abmarsch der Massen reibungslos stattfinden gehen.

Verstärkte Strafmaßnahmen gegen Autodiebstahl

Ein Vorschlag des Reichsjustizministers Dr. Görtner

Berlin, 19. Okt. (Eig. Meldung.) Die Vereinfachung strafrechtlicher Journalisten (WZ.) veranstaltete heute im Haus der deutschen Presse ihren ersten Vortragsabend dieses Winters. In seinem Mittelpunkt stand das Thema „Autodiebstahl“. Der Abend gewann dadurch besondere Bedeutung, daß Reichsjustizminister Dr. Görtner wichtige Mitteilungen über Maßnahmen der Reichsregierung zur verstärkten Bekämpfung des Autodiebstahls machte.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des WZ. Oberredakteur Steinhardt, hielt zunächst der Leiter des Dezernats des Berliner Polizeipräsidiums zur Bekämpfung des Automobil- und Motorraddiebstahls, Kriminalkommissar Bernburg, einen fesselnden Vortrag über die kriminalistische Seite des Problems. Er schilderte den Kampf gegen die Autodiebe und Dieber, wie er in letzter Zeit nicht nur in Berlin, sondern auch in den anderen großen Städten des Reiches und im Ausland verstärkt geführt wird. Vom kriminalistischen Standpunkt aus müsse geordert werden: Scharfe Strafen und vornehmlich Umgeben mit der Bewährungsfrist, die Zusammenfassung der vielen an alle möglichen Städte verzweigten Diebes- und Dieberprozesse, sowie innere Zusammenhänge zwischen ihnen bestehen, Spezialkammern mit besonders vorgebildeten Richtern und endlich die Schließung gefeselter Läden, die den Dieben bisher ein Entschlupfen erlaubten.

Im Anschluß hieran berichtete der Spezialrichter Amtsgerichtsrat Tiep aus der juristischen Praxis, der betonte, daß unter der gegenwärtigen Rechtsprechung nicht alle Diebstähle erfasst würden. Um den Kampf gegen die Verursacher wirksamer führen zu können, müßte ein neues Gesetz geschaffen werden.

Nach Amtsgeschäftsrat Tiep sprach Reichsjustizminister Dr. Görtner, der mit Nachdruck betonte, daß in Deutschland ein dringendes Bedürfnis nach einer Neuordnung der Strafbestimmungen für Autodiebstahl vorliege. Im neuen Entwurf des Strafgesetzbuches sei eine Bestimmung vorgelesen, in der aber nur von dauerndem Entzug fremden Eigentums die Rede sei, während es sich bei dem Gebrauchsdiebstahl um eine vorübergehende Entziehung handele. Das Reichsjustizministerium habe daher dem Kabinett den Vorschlag gemacht, im Wege der Notverordnung — ein anderer sei zurzeit nicht möglich — eine Strafbestimmung zu schaffen, um dieses Problem der Autoentwendung leicht und betrieblich zu lösen. Aus dem Inhalt der Verordnung, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werde, hob der Minister hervor, daß wer Kraftfahrzeuge oder Fahrräder gegen den Willen des Besitzenden in Gebrauch nehme, sich strafbar mache; da auch der Versuch strafbar sei, werde man schon das Anrühren eines Wagens als einen strafbaren Vorgang bezeichnen können. Die Bestimmung sei auch auf Fahrräder und Motorboote ausgedehnt worden. Die Verfolgung solcher Vergehen soll nur auf Antrag erfolgen. Die Strafordrohung betrage ein Vielfaches dessen, was in der ausländischen Gesetzgebung bisher festgelegt sei.

Nach Amtsgeschäftsrat Tiep sprach Reichsjustizminister Dr. Görtner, der mit Nachdruck betonte, daß in Deutschland ein dringendes Bedürfnis nach einer Neuordnung der Strafbestimmungen für Autodiebstahl vorliege. Im neuen Entwurf des Strafgesetzbuches sei eine Bestimmung vorgelesen, in der aber nur von dauerndem Entzug fremden Eigentums die Rede sei, während es sich bei dem Gebrauchsdiebstahl um eine vorübergehende Entziehung handele. Das Reichsjustizministerium habe daher dem Kabinett den Vorschlag gemacht, im Wege der Notverordnung — ein anderer sei zurzeit nicht möglich — eine Strafbestimmung zu schaffen, um dieses Problem der Autoentwendung leicht und betrieblich zu lösen. Aus dem Inhalt der Verordnung, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werde, hob der Minister hervor, daß wer Kraftfahrzeuge oder Fahrräder gegen den Willen des Besitzenden in Gebrauch nehme, sich strafbar mache; da auch der Versuch strafbar sei, werde man schon das Anrühren eines Wagens als einen strafbaren Vorgang bezeichnen können. Die Bestimmung sei auch auf Fahrräder und Motorboote ausgedehnt worden. Die Verfolgung solcher Vergehen soll nur auf Antrag erfolgen. Die Strafordrohung betrage ein Vielfaches dessen, was in der ausländischen Gesetzgebung bisher festgelegt sei.

Nach Amtsgeschäftsrat Tiep sprach Reichsjustizminister Dr. Görtner, der mit Nachdruck betonte, daß in Deutschland ein dringendes Bedürfnis nach einer Neuordnung der Strafbestimmungen für Autodiebstahl vorliege. Im neuen Entwurf des Strafgesetzbuches sei eine Bestimmung vorgelesen, in der aber nur von dauerndem Entzug fremden Eigentums die Rede sei, während es sich bei dem Gebrauchsdiebstahl um eine vorübergehende Entziehung handele. Das Reichsjustizministerium habe daher dem Kabinett den Vorschlag gemacht, im Wege der Notverordnung — ein anderer sei zurzeit nicht möglich — eine Strafbestimmung zu schaffen, um dieses Problem der Autoentwendung leicht und betrieblich zu lösen. Aus dem Inhalt der Verordnung, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werde, hob der Minister hervor, daß wer Kraftfahrzeuge oder Fahrräder gegen den Willen des Besitzenden in Gebrauch nehme, sich strafbar mache; da auch der Versuch strafbar sei, werde man schon das Anrühren eines Wagens als einen strafbaren Vorgang bezeichnen können. Die Bestimmung sei auch auf Fahrräder und Motorboote ausgedehnt worden. Die Verfolgung solcher Vergehen soll nur auf Antrag erfolgen. Die Strafordrohung betrage ein Vielfaches dessen, was in der ausländischen Gesetzgebung bisher festgelegt sei.

Nach Amtsgeschäftsrat Tiep sprach Reichsjustizminister Dr. Görtner, der mit Nachdruck betonte, daß in Deutschland ein dringendes Bedürfnis nach einer Neuordnung der Strafbestimmungen für Autodiebstahl vorliege. Im neuen Entwurf des Strafgesetzbuches sei eine Bestimmung vorgelesen, in der aber nur von dauerndem Entzug fremden Eigentums die Rede sei, während es sich bei dem Gebrauchsdiebstahl um eine vorübergehende Entziehung handele. Das Reichsjustizministerium habe daher dem Kabinett den Vorschlag gemacht, im Wege der Notverordnung — ein anderer sei zurzeit nicht möglich — eine Strafbestimmung zu schaffen, um dieses Problem der Autoentwendung leicht und betrieblich zu lösen. Aus dem Inhalt der Verordnung, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werde, hob der Minister hervor, daß wer Kraftfahrzeuge oder Fahrräder gegen den Willen des Besitzenden in Gebrauch nehme, sich strafbar mache; da auch der Versuch strafbar sei, werde man schon das Anrühren eines Wagens als einen strafbaren Vorgang bezeichnen können. Die Bestimmung sei auch auf Fahrräder und Motorboote ausgedehnt worden. Die Verfolgung solcher Vergehen soll nur auf Antrag erfolgen. Die Strafordrohung betrage ein Vielfaches dessen, was in der ausländischen Gesetzgebung bisher festgelegt sei.

Die Eisenbauern

Roman von Rudolf Utsch

(Copyright 1931 by Verlag Alfred Borchardt in Braunschweig)

60. Fortsetzung.

Krieg! ... Dieses schreckliche Wort! Wieviel Tränen und Schmerzen, wieviel Kummer und Entsetzen umfaßt es! Doch bei Heinrich löste es einen unendlich großen Jubel aus. Die Begeisterung packte ihn mit aller Gewalt. Das Wort hatte für ihn nichts Furchtbares an sich. Der Tod auf dem Schlachtfelde schien ihm eine Erlösung für sein Verbrechen; auch konnte er ihn befreien von allen Gewissensqualen und einem elenden, durch eigene Schuld vergälltem Leben. Nur der Gedanke bereitete ihm Sorgen, daß man ihn, den Mörder, nicht zu dem bald ausbrechenden Völkerringen zulassen würde. Immer wieder stellte er sich die dange Frage: Soll ich mich in Magdeburg bei meinem Regiment melden? — Soll ich es wagen? ...

Zuerst schien ihm die Gefahr zu groß, und er überlegte, ob es nicht besser sei, sich bei irgendeiner andern Truppe freiwillig zu melden. Aber das Pflichtgefühl rief ihn zu seinem Regiment! Sicherlich war seine Tat in Vergessenheit geraten, und jetzt, wo es bald heißen würde: In den Krieg — heraus aus den Garnisonen! — hatte man wohl nicht mehr die Zeit dazu, alte Akten nachzuprüfen. Und wenn man wirklich vor seiner Tat wußte — dort, beim Regiment — so wollte er auf den Anruf stehen, ihn kämpfen und auf dem Schlachtfelde sterben zu lassen. Das würde man ihm, der in den drei Jahren seiner Dienstzeit ein guter und gewissenhafter Soldat gewesen war, doch nicht verargen können. So feberte es in seinem Kopfe, und er fühlte sich moralisch geboden bei dem Gedanken, daß man ihm nicht großen würde, wenn die Nachricht einlief, daß er auf dem Schlachtfelde tapfer kämpfend gefallen sei.

Nach drei Tage blieb er in Köln in einem Hotel und verfolgte intensiv die Entwicklung der politischen Ereignisse. Als am 19. Juli die Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland erfolgte, legte er sich in den Zug und fuhr nach Magdeburg zu seinem Regiment.

17. Kapitel.

Marx-la-Tour, Trouville, Havigny, Bezonville und Bionville! Wie mancher Tropfen deutschen und französischen Blutes floß am 16. August 1870 vor und in den Mauern dieser reizenden und friedlichen Ortschaften.

Die Schlachten vor Metz waren geschlagen, und die französischen Truppen hatten sich hinter die Festungswälle der Stadt zurückgezogen.

Rasch überschritten das III. und X. preussische Korps südlich von Metz die Mosel, in der Absicht, den feindlichen Truppen den Rückzug abzuschneiden und Metz zu umgeben. Jedoch hatte bereits ein großer Teil der französischen Armee Metz verlassen, um sich an die Maas zurückzuziehen.

Am 16. August, morgens in aller Frühe, rief eine deutsche Kavalleriedivision mit vier reitenden Batterien auf die zurückziehenden Franzosen, die, nicht ahnend, daß der Feind bereits so nahe war, ein Bivak bezogen hatte. Die Deutschen sahen von den Höhen von Trouville aus, wie die Schwadronen der französischen Kavallerie friedlich ihre Pferde zur Tränke führten — sie konnten beobachten, wie die Soldaten abtrockneten und sich sonst auf sorgloseste Art und Weise beschäftigten.

Sofort eröffneten die deutschen Batterien das Feuer, und die plötzlich plätschernden Granaten verursachten eine ungeheure Panik unter den Franzosen.

Das war der Auftakt zur Schlacht ...

Nun traten die weiter rückwärts liegenden Divisionen des Feindes rasch unter die Gewehre, griffen die Preußen an und besetzten einige Dörfer.

Die deutschen Korps besamen allmählich Verstärkung, und bis zur Mittagsstunde tobte der Kampf hin und her, ohne daß einer der Gegner einen nennenswerten Erfolg zu verzeichnen gehabt hätte. Die Franzosen wehrten sich verzweifelt, und da sie weit in der Uebermacht waren und immer noch neue Truppenmassen heranlangen, erlitten die Deutschen furchtbare Verluste. Aber trotzdem gelang es dem Feinde nicht, die deutschen Linien zu durchbrechen, denn diese wehrten sich tapfer und hartnäckig — sie wußten, daß von der Wendung dieser Schlacht sehr viel abhing. Auf der ganzen Linie wurden Wunder der Tapferkeit und Kühnheit vollbracht.

Heiß brannte die Sonne auf das Schlachtfeld und bereitete den Kämpfenden, hauptsächlich den armen Verwundeten, gräßliche Qualen. Neben den rauchenden Geschützen der Batterien lagen haufenweise die Toten. Nur noch einige, bereits vom Pulverdampf geschwärzte Kanoniere, schoben die Granaten in die Rohre und feuerten ununterbrochen in die französischen Linien. Der Schweiß troff von ihren Köpfen.

Durch das Geheul der Kanonen und das Getöse der Gewehre tönten die Schreie der Getroffenen, das Höcheln und Stöhnen der Sterbenden und Verwundeten.

„De l'eau! Au nom de ciel — de l'eau, camecade!“ Schrie dort ein blutjunger Franzose mit heiserer Stimme und krümmte sich am Boden.

„Wasser! ... Um Himmels willen, Wasser!“ riefte ein Deutscher.

Sanitäter liefen über das Schlachtfeld. Doch sie konnten nicht alles bewältigen und waren nicht imstande, bis in die vorderste Linie vorzudringen. Aber wenn das Feuer an irgendeiner Stelle des Schlachtfeldes nur im geringsten nachließ, sei es durch das Vorrücken der Truppen oder aus ande-

ren Ursachen, so schritten sie an ihr Werk und luden die Verwundeten auf.

Dort trieben hünenhafte Ausrüstete Trupps von Gefangenen zurück. Die Franzosen jagten ängstlich die Köpfe ein vor den riesigen Menschen, die mit gezogenem Bajonett neben ihnen herritten und sie auf gut deutsch zur Eile antrieben.

Auf dem äußersten Flügel stand ein Regiment Infanterie, das von einem heldenmütigen, währigen Jüngling befehligt wurde. Es hatte bereits dreizehn seiner Offiziere eingebüßt. Trotz und starrsah die junge Regimentskommandeur seine Befehle. Schreiend drang seine Stimme durch das Getöse der Schlacht. Da plötzlich entfiel ihm der Degen, er griff sich an den Kopf und legte sich lautlos auf den zerhackten und zerschundenen Boden.

Allmählich erschlafften die deutschen Truppen. Verzweifelt wartete der General von Alvensleben auf Hilfe. In File traten neue Regimenter heran, aber bis diese kamen, konnte der Tag entschieden sein. Den Deutschen ging allmählich die Munition aus — und während die Franzosen immer neue und frischere Massen ins Gefecht warfen und immer mehr Batterien heranzogen, die ein verheerendes Feuer auf die deutschen Linien eröffneten, begann die Kraft der Deutschen zu erlahmen unter der drückenden Augustsonne.

Dem französischen Marschall Canrobert war dieses nicht entgangen und er beschloß, nicht zu säumen, sondern noch einmal mit aller Macht zum Angriff überzugehen.

Der deutsche Befehlshaber, General von Alvensleben, erkannte die Größe der Gefahr, und um sie abzuwenden und den bedrohten deutschen Divisionen Luft zu schaffen, befahl er seiner Kavallerie, gegen die anrückende feindliche Infanterie vorzugehen und namentlich die feindlichen Batterien zum Schweigen zu bringen. So glaubte er die Krise, die die Deutschen bedrohte, wenigstens so lange aufhalten zu können, bis zur Hilfe herbeieilenden Regimenter zur Stelle seien.

Hinter der kämpfenden Linie bewegte sich die Reiterei auf Bionville zu, als der Oberst von Voigts-Reis auf schnaubendem Rosse herbeigeführt kam.

Dampf donnerten die Kanonen über die Höhen ... Der Oberst parierte vor dem General von Bredow, dem Kommandeur der Reiterei, und küßte sein schäumendes und dampfendes Pferd.

„Der General müssen den Feind attackieren. Die vorgehende feindliche Infanterie muß durchbrochen und die Batterien da drüben zum Schweigen gebracht werden! Sie machen uns was zu schaffen!“

Der Oberst mußte schreien, um verstanden zu werden. Die Reiterei hielt an. In den Gesichtern der Reiter malte sich große Spannung.

„Von jedem Regiment bleibt eine Schwadron zurück, sie soll nicht an der Attacke teilnehmen, sondern zum Retagieren dableiben!“

(Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Land

Nachdruck der Lokalberichte ohne Quellenangabe unternagt

Neuenbürg. Gemeinderatsitzung am 18. Oktober. Die anhängige Rechtsache fand nach Verhandlung durch Vergleich ihre Erledigung.

Von der großen Wiese wird an der Bahnhofsstraße ein Grasplatz im Neugebiet von 3 Ar 63 Quadratmeter an Friedrich Vater, Buchdrucker, zu 6 RM für ein Quadratmeter käuflich abgegeben. Ein weiteres Geschäft im Abgabe eines Bauplatzes im Malenplatz wird vorerst noch zurückgestellt.

Nachdem von dem Schöner'schen Haus am Marktplatz die elektrische Freileitung entfernt und das Haus leer ist, soll dasselbe abgebrochen werden. Der Verkauf zum Abbruch erfolgt im Wege des schriftlichen Angebots.

Als Platz für die zu erstellende Wohnungsparade wird mit Stimmenmehrheit die Wiese beim Remenhaus bestimmt. Vom Stadtbauamt sind Angebote eingeholt worden für die Erstellung der Parade; die Vergebung soll erst nach dem Verkauf des Schöner'schen Hauses erfolgen. Wegen weiterer Arbeitsbeschaffung für die Sozialfahrtsverhältnisse ist beabsichtigt, im Stadtwald an verschiedenen Waldwegen Verbesserungen vorzunehmen; zuvor soll eine Befestigung an Ort und Stelle stattfinden.

Im vergangenen Jahr Michaelis 1932/1933 sind 5 Bürgergrundstücke durch Tod oder Wegzug der Inhaber frei geworden. Diese werden heute neu vergeben an: Albert Bender, Zensenschmied, Karl Ehlh, Schreinermeister W., Friedrich Höhn, Schlossermeister, Christian Maier, Schuhmacher und Reinhold Lutz, Zensenschmied.

Dem Gemeinderat wird vom Vorsitzenden der Jubel der 8. Notverordnung des Bürt. Staatsministeriums zur Sicherung des Haushalts der Gemeinden vom 11. Oktober 1932 bekannt gegeben. Da die Voraussetzungen hier vorliegen, Verwaltungsgründe aber nicht gegeben sind, muß die Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1933 mit 500 v. H. des Landesfußes erhoben werden. Die Stadtgemeinde ist verpflichtet, bei der Erhebung das Lohnabzugsverfahren anzuwenden. Der Gemeinderat äußert seine Entrüstung über die Höhe der Steuer, welche die Leistungsfähigkeit der meisten Steuerzahler übersteigt.

Die mit Gesetz vom 24. September 1932 in Württemberg ab 1. Oktober d. J. neu eingeführte Fleischsteuer ist durch die Gemeinden zu veranlassen. Als Entschädigung erhalten sie 5 v. H. der Steuer. Vom Gemeinderat wird als die Stelle, bei welcher die Anmeldung zu machen ist und von welcher die Schlachtsteuer festzusetzen ist — örtl. Steuerbehörde — die Stadtpflege bestimmt.

Nachdem bei der Stadtpflege ein Angebot auf eine bestimmte Menge Kadelkammholz eingegangen und dies vom Gemeinderat angenommen ist, wird die Aufbereitung des Holzes an die Holzhaner Alfred Mayer und Gen. zu den vereinbarten Preisen vergeben.

Vom Vorsitzenden wird Bericht erstattet über den 8. Verbandstag des Bürt. und Enzganverlehrsverbands in Baidingen-Enz am 8. Oktober.

Nachdem noch eine Anzahl weiterer Angelegenheiten erledigt, wurde die Sitzung um 10 Uhr geschlossen.

Neuenbürg, 20. Okt. Die auf gestern abend in das Gasthaus „Eintracht“ einberufene Versammlung des Gewerbevereins zur Entgegennahme des Berichts über den Verbandstag in Ludwigsburg hatte einen nur mäßigen Besuch aufzuweisen. Vorstand Gollmer berichtete nach den üblichen Begrüßungsworten in flarer und ausführlicher Weise über die Tagung. Darnach ist insbesondere in der Vertretung am Samstag nachmittag bei der Beratung der zahlreichen gestellten Anträge gründliche Arbeit geleistet worden, die erkennen ließ, wie notwendig es ist, daß sich die Handwerker in den überall bestehenden Gewerbevereinen zur Vertretung ihrer Standes- und Gewerbeinteressen vollständig zusammenschließen. Eine aus der Mitte der Versammlung gestellte Zwischenbemerkung in bezug auf die höchsten Kraftstrompreise rief eine längere Aussprache hervor. Vorstand Gollmer gab hierzu Aufklärung und versprach, über die gestellten Wünsche bei der Stadtverwaltung und im Gemeinderat Rücksprache zu halten. Unter „Sonstiges“ wurde noch ein Handschreiben über die Instandsetzung von Altwohnungen und sonstigen Hausreparaturen zur Verlesung gebracht und dabei betont, daß sich jeder Handwerker über diese Verordnung orientieren sollte, damit er jedem Antragsenden klare Auskunft geben könne. Auch über die Verhältnisse auf dem Stadtbahnhof, namentlich in bezug auf die Einseitigkeit der bei den Abendzügen, wurde ein längeres Wort geredet und aus der Mitte der

Versammlung verschiedene Wünsche hierzu vorgetragen. — Hieran konnte Vorstand Gollmer die in allen Teilen wirklich ausreichend verlaufene Versammlung beschließen.

(Wetterbericht.) Im Westen liegt Hochdruck, im Nordosten eine Depression. Für Freitag und Samstag ist zeitweilig auflockerndes, aber nicht beständiges Wetter zu erwarten.

Warnung vor Hausieren mit Bestechen

Die Handwerkskammer Reutlingen schreibt uns: Aus verschiedenen Bezirken gehen der Kammer Klagen und Beschwerden darüber zu, daß Hausierer unter Anwendung unlauterer Methoden minderwertige Bestechen und Löffel als „Kostfrei“ verkaufen. Die angeblich sehr billigen Preise sind aber in Wirklichkeit für diese Schandwaren viel zu hoch, denn beim ersten Gebrauch erweist sich schon die Minderwertigkeit derselben. Die Bestechen sind nur aus Eisenblech gestanzt und leicht vernickelt oder verchromt, sind aber mit der irdischen Aufschrift „Kostfrei“ oder „Kostlos“ getempelt. Der angebl. Kostlos blättert bald ab, außerdem schneiden die Bestechen nicht und sind deshalb gebrauchsunfähig, bilden also eine Laus für den Käufer. Die sogenannten Hornbestechen in Wirklichkeit ganz minderwertiges Material — färben ab und zerbrechen bald. Die Löffel sind nur mit einem Zinnüberzug versehen, der im Gebrauch sehr bald verschwindet. Es wird deshalb vor dem Kauf solcher Bestechen gewarnt. Wer wirklich erstklassige Bestechen mit rostfreien Stahlklingen und Löffel besser Qualität kaufen will, der wende sich vertrauensvoll an die Nachgeschäfte am Plage bzw. im Bezirk. Diese prüfen die Güte der Ware und verkaufen nur beste, wieder schließliche Waren zu billigen Preisen. Die Nachgeschäfte bieten auch jede Garantie und außerdem die Möglichkeit, umzutauschen oder zu reklamieren, während die Hausierer, die solche minderwertige Ware vertreiben, nie wiederkommen.

Das Friseurhandwerk in der Wirtschaftskrise

Vom dem Landesverband der Friseurmeister in Württemberg und Hohenzollern z. B. wird uns folgendes geschrieben: Die allgemeine Notlage, in der sich die gesamte deutsche Wirtschaft sowie weite Bevölkerungsteile befinden, hat auch naturgemäß das Friseurhandwerk erfaßt. Besonders verhängnisvoll wirkt sich aber diese Krise bei dem Friseurhandwerk dadurch aus, daß die Inanspruchnahme des Friseurs seitens der Kundenschaft schlechthin einem mehr kulturellen als lebensnotwendigen Bedürfnis entspricht.

Das Bestehen aller Bevölkerungsteile, der gegenwärtigen Notzeit entsprechend, zu „sparen“, um erst den lebensnotwendigen Bedarf zu sichern, hat es mit sich gebracht, daß auch die Kundenschaft des Friseurs dessen friseurgewerbliche Bedürfnisse mit einschränkt und erst in letzter Linie hiervon Gebrauch macht. Das ganze Gewerbe hat für diese Verhältnisse erheblichen Verständnis und trägt ihnen Rechnung.

Aber trotz aller wesentlichen Einengungen in den Existenzmöglichkeiten, ist bisher alle Arbeitsleistung des Friseurs unter dem Gesichtspunkt erfolgt, daß dem Publikum unter Berücksichtigung hygienischer einwandfreier Bedienung für eine angemessene Vergütung beste Handarbeit geboten werden muß.

Die außerordentlich große Verantwortung, welche jedem Friseurberufsangehörigen dadurch auferlegt wird, daß er nicht nur durch sachgemäß ausgeführte Behandlung von Kopf und Haar, die Gesundheit des Kunden zu schützen, sondern auch alle hygienischen Vorkehrungen zu treffen hat, welche weitgehendste Garantie bieten für die Gefunderhaltung von Haut und Kopfhaar, zwingt aber jeden Betriebsinhaber, ein Inkassokonto aufrecht zu erhalten, das mit den Wünschen des Publikums bezüglich der Preisbildung nicht immer in Übereinstimmung zu bringen ist.

Ganz wesentlich sind die innerhalb der letzten Monate vorgenommenen Preisüberhebungen für die verschiedenen Bedienungsgattungen und Arbeitsleistungen im Friseurgewerbe. Wenn aber darüber hinaus der „billige“ Preis zu marktschreierischer Reklame benötigt wird, so halten wir es an der Zeit, eine ernsthafte „Warnung“ allen Bevölkerungsteilen zugänglich zu machen. Unsere Feststellungen über die Art der Arbeitsleistungen der sogenannten „billigen“ Friseure gehen dahin, daß für den angegebenen Preis entweder unangemessen sachliche Arbeiten geliefert werden, welche zu Schädigungen für den Kunden führen, oder aber gänzliche Außerachtlassung aller hygienischen Bestimmungen den Kunden in erhebliche Gefahren bringen, daß sie überhaupt nicht in der Lage sind, ihren notwendigen Verpflichtungen nachzukommen.

Bislang erhalten auch die bei den Reklamen angegebenen Preise infolgedessen einen unlauteren Wettbewerb, als die Kunden bei Inanspruchnahme solcher Betriebe die Erfahrung machen müssen, daß der veröffentlichte Preis nur als Mittel

zum Kundenfang dient, weil tatsächlich unter Hinweis auf besondere mit der Bedienung verbundene Arbeitsleistungen ein weit höherer Preis in Rechnung gebracht wird, als in den Anpreisungen enthalten ist und solches stets zu Enttäuschungen und Verärgernissen führt.

Württemberg

Freudenstadt, 19. Okt. (Freudenverehr.) Freudenstadt zählte, wie „Der Grenzler“ mitteilt, in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Sept. d. J. 33043 Kurzgäste mit 222907 Übernachtungen. Im Jahre 1931 waren es im gleichen Zeitraum 25833 Gäste mit 221673 Übernachtungen. Die durchschnittliche Liebernachtungsdauer der Kurzgäste betrug 13-14 Tage. Die Zahl der Übernachtungen von Ausländern betrug im Jahr 1932 20800 gleich 9 Prozent der gesamten Übernachtungen.

Mühlacker, 19. Okt. (Verdorbener Fischwasser.) Der Gemeinderat hat das Fischwasser in der Enz um 200 Mh. jährlich an vier hiesige Bürger verpachtet. Früher wurde ein Mehrfaches erlist. Bevor die Industrie kam, war hier das beste Fischwasser Württembergs. Die Maulbronn Mühle gaben, wie der „Mühlacker-Mühlacker“ berichtet, dieses Stück, auch wegen der Sandgewinnung aus der „Herrenwoog“, in seine andere Hand. Heute ist es nach dem Urteil des Landesfachverständigen Dr. Simolon aus Stuttgart das geringste geworden. Es ist durch Abwässer so verschmutzt und verdorben, daß die Fische vollends zugrunde gehen müssen. Bessere Fische, Forellen, Hechte und Barben, sind fast verschwunden. Der Sachverständige empfiehlt, Karpien, Schleien und auch Hechte einzuführen. Bemerktenswert ist noch der Ueberrest alten Rechts, daß die Bürger Samstag nachmittags frei fischen dürfen und daß dieses Recht auch an den Tagen gilt, an denen die Enz Hochwasser führt. Die Gebühr für die Fischkarte sorgt dafür, daß keine Raubfischerei getrieben wird.

Leislach, 19. Okt. (Fischmühlenerwerbstätige entdeckt.) In einem neueren Hause wurde eine Fischmühlenerwerbstätige entdeckt. Die ganze Familie wurde verhaftet. Die Fische hatten 5 Mh. Stücker hergestellt.

Stuttgart, 19. Okt. (Steinzeitfund auf dem Steinholdenfeld.) Beim Ausgraben eines Abwasserstollens für die Siedlung auf dem Steinholdenfeld bei Cannstatt wurde am Dienstag ein interessanter Fund gemacht. Man stieß auf ein Skelet und einen Topf. Das Landesamt für Denkmalpflege stellte durch Prof. Dr. Höpfer an der Fundstelle fest, daß es sich hier um ein sog. Hochgrab aus dem Ende der jüngeren Steinzeit handelt, das um etwa 2000 v. Chr. Geburt anzugehen ist. Die Gräber haben diese Bezeichnung, weil zu jener Zeit die Toten in hochrunder Stellung beigesetzt wurden. Dem Toten war ein mit Schnur verzierter Topf beigegeben. Auch dies ist eine Urbedeutung, die für eine bestimmte Gruppe, die sog. Schnurkeramik, charakteristisch ist.

Stuttgart, 19. Okt. (Fehlgegang über Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft.) An der Leiter- und Verlehnshof für Wein- und Obstbau in Weinsberg wird im Winter 1932/33 bei angedingter Beteiligung ein vorwiegend theoretischer Lehrgang für Weingärtner abgehalten, in dem die wichtigsten Gebiete des Wein-, Obst- und Gartenbaus sowie der Landwirtschaft behandelt werden. Der Beginn des Unterrichts ist auf Dienstag den 8. November 1932, der Schluß auf Samstag den 4. März 1933 festgesetzt.

Voltringen, 19. Okt. (Ermöglicht.) In der letzten Zeit kamen hier zahlreiche Einbruchsdiebstähle vor. Der Täter Bernhard Saller und ein Helfershelfer ist am Sonntag bei Holzgerlingen im Wald von Lohjögern umstellt und verhaftet worden. Er ist bereits in das Gefängnis nach Tübingen eingeliefert.

Reutlingen, 19. Okt. (Kopfenwürgen — eine unerhörte Grausamkeit.) Dem „Reutlinger Tagbl.“ wird geschrieben: Auf der Markung Hirschlanden-Schödingen soll am 22. Oktober eine jagdliche Veranstaltung abgehalten werden, bei der ein sog. Kopfenwürgen vorzuführen ist. Lebende, zahme Hauskopen sollen den Hunden zum Abwürgen vorgeworfen werden. Dabei kommt es vor, daß den Kopen vorher die Krallen herausgezogen oder abgewickelt werden, damit sie sich nicht wehren können. Das Ganze ist eine unerhörte Grausamkeit. In der Anbahnung der Veranstaltung wird sogar eine Staatsmedaille als Preis in Aussicht gestellt. — Gibt es denn gar kein Mittel, diese Tierquälerei zu verhindern?

Möckmühl, 19. Okt. (Entschliche Bluttat.) Der arbeitslose 42 Jahre alte Schäfer Kessler im benachbarten badischen Weiskirchen gab auf seine 37 Jahre alte Ehefrau drei Schüsse ab, die diese schwer verletzten. Er brachte sich dann selbst einen tödlichen Schuß bei. Die Beweggründe sind noch unbekannt.

Leinach, 19. Okt. (Bürgersteuer — Amtliche Bekanntmachungen.) Der Gemeinderat hat mit 12 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen, die Bürgersteuer mit 150 Prozent und im Lohnabzugsverfahren für 1933 einzuführen. — Der Verlog des in Friedrichshafen erscheinenden nationalsozialistischen Blattes „Der Oberschwabe“ hatte den Antrag gestellt, ihm die amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Leinach ebenfalls zu überlassen. Dieser Antrag wurde aus grundsätzlichen Erwägungen heraus und weil auch der Verlog hier nicht zur Gewerbesteuer veranlagt ist, mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Friedrichshafen, 19. Okt. (Luftpostverkehr nach Südamerika.) Die Reihe der diesjährigen Bekehrsfahrten des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ nach Südamerika soll mit einer am 24. Okt. in Friedrichshafen beginnenden Fahrt abgeschlossen werden. Von Berlin aus wird zum Anschluß an diese Fahrt wieder ein Sonderflug der Deutschen Luftkansa die bis zum Vollschluß am 23. Okt. um 11 Uhr bei dem Luftpostamt Berlin vorliegenden Sendungen über Stuttgart nach Friedrichshafen bringen, wo eine letzte Entlieferung Gelegenheit bis um 19.30 Uhr an demselben Tage besteht.

Friedrichshafen, 19. Okt. (Leichensinnung.) Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde gestern nachmittags im Leichenhaus des hiesigen Friedhofes durch Oberamtsarzt Müller in Raesberg die Leiche der so plötzlich verstorbenen Maria Müller aus Wollmweiler (Gemeinde Etenkirch) feziert. Das Ergebnis dieser Untersuchung liegt noch nicht vor, da die bei einer allenfalls vorliegenden Vergiftung in Mitleidenschaft gezogenen Weichteile einer chemischen Untersuchung unterzogen werden. Hierbei wird es sich dann zeigen, ob die beim Ausbruch der Krankheit gestellte Diagnose auf Wurmparasiten aufrecht erhalten werden kann. Bis jetzt besteht noch keine absolute Klarheit über die Todesursache.

Unterhohen, 19. Okt. (Berunglückter Segelflieger.) Gestern mittags wollte der 30 Jahre alte verheiratete Maschinenführer Heinrich Hunold von hier seine Prüfung als Segelflieger ablegen. Pflöchlich wurde das Flugzeug von einer scharfen Winde in rascher Geschwindigkeit an den Abhang des Grünbergs gedrückt. Dabei hat Hunold beide Oberschenkel gequetscht. Er mußte sofort ins Krankenhaus nach Kalen gebracht werden.

Staatspräsident Dr. Volz über die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten

Reutlingen, 19. Okt. Staatspräsident Dr. Volz sprach am Sonntag hier im Repler-Saal in einer Wahlversammlung der Zentrumspartei des Bezirks Reutlingen. Er kritisierte zunächst die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Reichsregierung und äußerte sich dann über die parteipolitischen Verhältnisse. Er kam dabei auf seinen mit Leidenschaftlichkeit geführten Kampf bei den letzten Wahlen zu sprechen und erklärte: Wir haben im Nationalsozialismus eine ernste Gefahr, weil diese Partei die Diktatur auf ihre Fahne geschrieben hatte. Ihre Alleinerrschaft wäre eine schwere Gefahr für unser Volk gewesen und deshalb haben wir so leidenschaftlich gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Diesmal können wir den Wahlkampf ruhiger führen, weil wir diese Gefahr für überwunden betrachten. Wenn wir nach den letzten Wahlen mit den Nationalsozialisten verhandelt haben, so deshalb, weil es die einzige Möglichkeit war, um im Winter über die politischen Unruhen hinwegzukommen. Darum haben wir den Kampf zurückgestellt und den Versuch gemacht, über die Frage eines Arbeitsprogramms für den

Schöenberg und seine evangelische Kirche

Ein Beitrag zur Geschichte derselben

Mitgeteilt von Hauptlehrer Schick

In der ländlichen Jahresabschlussfeier, die man bis heute noch Kirchweih zu nennen pflegt, hatte man nach so viel Sorgen und Mühen in unseren bäuerlichen Familien jetzt ein Wohl am ländlichen gästlichen Tisch. Freilich konnte man hier diesmal auch nicht ohne Weiteres an dem eigentlichen Sinn und Zweck des Kirchweihfestes vorübergehen. Sind es doch jetzt 100 Jahre her, daß mit dem Bau der hiesigen evangelischen Kirche begonnen wurde. Am 22. Mai 1832 wurde der Grundstein gelegt, nachdem König Wilhelm I. von Württemberg am 10. Mai die allerhöchste Genehmigung dazu erteilt hatte. Bei der Einsegnung des Baues am 26. April 1831 hat Seine Majestät die Bemerkung gemacht, daß die schon im Oktober 1828 geforderte Berichterstattung etwas lange angezogen habe. Der Kirchenbau, dessen Voranschlag 15.300 Gulden betrug, wurde auf Rechnung des allgemeinen Baufonds ausgeführt, den Bauplatz erkaufte die Gemeinde vom Wirt Jakob Aufferer um 800 Gulden. Das Dach der Kirche wurde am 7. September 1832 aufgeschlagen, die Einweihung fand am 15. September 1833 statt, 5 Jahre, nachdem die erste Wirtschaf abgegangen war. Ebenso langwierig waren auch die Verhandlungen, die während und nach der Erbauung der Kirche einsetzten. Es war vor allem das Verlangen der Kirchspielgenossen nach Erbauung einer zweiten Empore, das viel Staub aufwirbelte. An und für sich wäre die Kirche geräumig genug gewesen. Sie hatte 1007 Personen, unten 816 und auf den Emporen der Schmalkette 191. Nun reichten aber diese Emporen für die Männer, die in der Zahl von 4-500 als die Kirche besuchend angegeben wurde, nicht aus. Und zu den Frauen wollten die Männer nicht heruntersteigen, das würde gegen die Sitte anstößig sein und könnte leicht zu Unordnungen und Störungen führen, wie es in der Eingabe des Ortsvorstehers heißt. Deshalb wurde die Bitte vorgetragen, es möge die für spätere Zeiten vorgesehene Empore ebene gleich errichtet werden. Das Gesuch wurde abgewiesen, im Ganzen gingen 5 Wirtschaf ab. Schließlich versicherte der König die Schöberger seiner allerhöchsten Ungnade und verbot, die wirtschafte Bitte zu wiederholen. Als Gründe für die Ablehnung wurden angegeben, daß die Kirche für eine Bevölkerung von 1563 Seelen, wovon 60 Prozent als Kirchbesucher zu rechnen seien, genügend Platz biete, daß man nichts Anstößiges darin finden könne, wenn dem männlichen Geschlecht

auf der einen, dem weiblichen Geschlecht auf der anderen Seite des mittlen durch das Schiff sich hinziehenden Ganges, den ledigen Mannspersonen oder auf den gegenwärtig vorhandenen Emporen ihre Plätze so lange angewiesen werden, bis derselbe die gestiegene Bevölkerung die Errichtung weiterer Emporen erleben werde; endlich, daß der allgemeine Baufonds kaum für die unvermeidlichen Bauten ausreichte. Die ästhetischen Gründe und die altständigen Gründe des Pfarrers, daß ihm ohne diese Empore das Predigen schwerer falle, wurden nicht berücksichtigt. Auch das Konstruktum hat sich nicht für die Sache verwendet. Weitere schwierige Verhandlungen bildeten auch die Nachforderungen der Handwerksleute, die bei dem Kirchenbau sämtlich zu Schaden kamen, mit Ausnahme der Zimmerleute. Daß die Zimmerleute auf ihre Rechnung kamen, rührt wohl daher, daß sie das Holz zu Mezierpreisen bezamen und ihnen auch die Vergütung zuteil wurde, daß sie das Holz in der nächsten Umgebung von Schöenberg schlagen konnten. Alle anderen Handwerksleute, auch die Fuhrleute, hatten große Verluste. Der Maurer und Steinbauer Redinger von Deckenbronn berechnet seinen Schaden auf 2000 fl. (= Gulden) bei einer Gesamtsomme von 7288 fl. 22 Kreuzer. Sein Gesuch um Entschädigung begründete er damit, daß die Brot- und Futtermittelpreise (Lebensmittelpreise) im Jahre 1832 ungewöhnlich hoch gestanden seien, daß die Bauarbeiten schwieriger zu bearbeiten waren, und daß das Herbeiführen und Brechen derselben wegen der schlechten Wege und der häufigen Abänderungen in Anweisungen von Steinbrüchen sehr erschwert gewesen sei. Obgleich die Teuerung vom Frühjahr und Sommer 1832 als offenkundig anerkannt wurde und auch der Gemeinderat von Schöenberg bezugte, daß für die Arbeiter am Kirchenbau das benötigte Brot in dem Orte Schöenberg nicht aufgebracht werden konnte, wurde das Gesuch Schöbergers zunächst abgewiesen, ebenso die Nachforderungen des Schieferdeckers Löwenstein und des Uhrmachers Krüd. Auf Antrag des Kreisbauamtes erhielt Redinger jedoch durch Königliche Entschädigung vom 2. März 1835 eine Entschädigung von 600 fl. Uhrmacher Krüd von Liebenzell erhielt nachträglich 38 fl. bewilligt. — Trotz der in Aussicht gestellten königlichen Ungnade wiederholten die Schöberger im Jahre 1833 ihre Bitte. Die letzte größere Erneuerung geht auf das Jahr 1887 zurück. Im Jahre 1889 wird vom Kirchspielrat eine Eingabe um Verkleinerung der Kirche gemacht. Erst 1928 wurde dieser Bitte gründlich entsprochen und auch eine durchgreifende Erneuerung durchgeführt. Im nächsten Jahre soll voraussichtlich das 100jährige Bestehen der jetzigen evangelischen Kirche festlich begangen werden.

nächsten Winter eine Einigung zu erzielen. Es war auch die Aussicht vorhanden, daß wir in der Frage der Heberwindung der Arbeitslosigkeit ein festes Programm fertig brachten. Dies wurde durch die Auflösung des Reichstags zunichte gemacht. Auch nach den kommenden Wahlen ist es notwendig, daß gewisse Gruppen zusammenarbeiten und ihre Streitpunkte zurückerklären. Nach den Wahlen werden wir erneut vor der Frage stehen, ob wir mit den Nationalsozialisten zusammenarbeiten können. Wir waren auch in Württemberg bereit, mit den Nationalsozialisten zusammenzuarbeiten. Aber ihre Ansprüche (Ministerpräsident und Polizei) kamen uns verdächtig vor. Wenn die Nationalsozialisten und das zeitweilige Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten zum Vorwurf machen, so sagen wir: Wir bekämpfen wie immer den Marxismus, halten es aber für falsch, die Sozialdemokraten von der Arbeit auszuschließen, wie es falsch wäre, die Nationalsozialisten grundsätzlich von der Mitarbeit auszuschließen. (Die Ausführungen des Staatspräsidenten lassen die Errichtung einer mächtigen Koalition von den Gewerkschaften über das Zentrum zu der NSDAP, abnen. D. Schriftl.)

Handel und Verkehr

Stuttgart, 19. Oktober. (Kaffeebörse auf dem Nordbahnhof.) Seit 17. Oktober wurden 110 Wägen neu angeliefert, und zwar aus Württemberg 1, Österreich 30, Tschechoslowakei 7, Jugoslawien 28, Italien 44. Noch auswärts sind inzwischen 35 Wägen abgegangen. Preise heute wagenweise für 10000 Kg. von 850—1150 RM., und zwar für Obst aus Italien 850—930 RM., im übrigen 1020 bis 1150 RM., im Kleinverkauf 5.30—6.30 RM. für 50 Kg. Marktlage: ziemlich lebhaft.

Stuttgart, 19. Okt. (Holzverkaufserlöse in Württemberg.) Nach den Mitteilungen der Württ. Forstdirektion über die bei Holzverkäufen aus Württ. Staatswaldungen erzielten Erlöse wurden im Oktober für Fichten und Tannen zwischen 33 und 45 Prozent, für Föhren und Lärchen zwischen 35 und 45 Prozent der Landesgrundpreispreise erzielt. Die Erlöse bei Laubbaumholz bewegten sich zwischen 70 und 81 Prozent. Schlachtholz kostete pro Km. 4.80—6 RM.

Herbstnachrichten. In Brackenheim ist der neue Wein bis auf wenige Hektare zu 174—183 M. pro Eimer verkauft. In Dürrenzimmern wurden gestern Verkäufe zu 185—190 M. getätigt. In Hausen a. B. wurde bei lebhafter Nachfrage alles verkauft zu 150 M. pro Eimer, ebenso in Frauenzimmern, wo für den Eimer 170 M. erzielt wurden. In Haderbach wurde die Weinversteigerung des hiesigen Weingärtnervereins abgehalten, da die Käufer mit Angeboten sehr zurückhielten. Im freien Handel wurden

Verkäufe zu 180—185 und 190 M. abgeschlossen. In Walheim wurde pro Eimer 180 M. erzielt. In Talheim ist alles verkauft: Preise für Weißwein 185—195, für Rotwein 185—200 M. In Brenfeld wurde zu 160 M. pro Eimer verkauft. In Bönnigheim ist der Weinmarkt belebt bei lebhaften Preisen von 157 bis 170 M. In Stöckheim ist die Ernte in vollem Gange. Der Wein wird sehr gut; Preise sind noch keine gemacht.

Der europäische Holzmarkt

Durch die jüngsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen verschiedener Länder ist heute der europäische Holzmarkt verunsichert denn je. So räumte England dem kanadischen Holz große Begünstigungen ein, Belgien ging zu einer Kontingentierung der Holzeinfuhr über, zwischen der Tschechei und Ungarn wurde ein Holzabkommen getroffen und die Holzeinfuhr nach Deutschland soll demnächst energisch abgedrosselt werden. Obwohl die europäische Holzwirtschaft an einen bevorstehenden Umschwung des Weltmarktes glaubt, so herrscht bei ihr immer noch große Unsicherheit. Die Preise für Nadelrundholz schienen sich für einige Zeit auf der gegenwärtigen Höhe zu befestigen. In Frankreich findet sich solches Holz zu mäßigen Preisen in großer Menge. Der rumänische und südslawische Waldbesitz findet nur schwer einen Käufer. An welchem Schnittmaterial finden sich in Europa, was besonders mindere Qualitäten anbelangt, genügend Vorräte. Eisenbahnschwellen werden zurzeit von den tschechischen Staatsbahnen und auch von der deutschen Reichsbahn aufgekauft. Außerdem wollen Ungarn, Südslawien und Belgien größere Posten von Eisenbahnschwellen beschaffen.

Letzte Nachrichten

Leipzig, 19. Okt. Infolge des heftigen Sturmes fürzte gestern abend in Kötha der Turm der Marienkirche ein. Da infolgedessen die Lichtleitungen zerissen wurden, war die Stadt auf lange Zeit ohne Licht. Von dem Turm sieht nur noch ein kurzer Stumpf. Sofort wurden Abwehrungen vorgenommen. In dem Augenblick des Einsturzes ging gerade eine Einwohnerin von Kötha an der Kirche vorbei. Sie kam jedoch glücklicherweise ohne Schaden davon, da die Trümmer etwa 5 Meter von ihr entfernt niederfielen.

Zu verurteilende Beschuldigungen gegen Eisenbahnbeamte
Zwei Verhaftungen
W. Braunschweig, 19. Okt. Vom Landesstrafgericht wird mitgeteilt: Wegen dringenden Verdachts der Ver-

teiligung an den vor einigen Jahren in und um Braunschweig verübten Anschlägen auf die Signaleinrichtungen und Züge der Reichsbahn, sowie wegen dringenden Verdachts von damit zusammenhängenden Amtsunterschlagungen und Urkundenfälschungen sind zwei Reichsbahnbeamte, von denen der eine in Braunschweig, der andere früher in Magdeburg und jetzt in Berlin tätig war, dem Amtsgericht Braunschweig überwiesen und in Untersuchungshaft genommen.

Forderungen des Handwerks

Das mitteldeutsche Handwerk nahm jüngst zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung Stellung und begrüßte dabei jede Maßnahme, die die deutsche Wirtschaft, insbesondere das deutsche Handwerk, in letzter Stunde vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt und den Weg zur Entfaltung der privaten Kräfte frei macht. In einer Entschließung forderte nun das Handwerk Mitteldeutschlands, wie die „Wirtschaftspolitischen Nachrichten des Wirtschaftsverbands Mitteldeutschland“ schreiben: restlose Freigabe der bisherigen Staatszuschüsse für die Erstellung von Aufträgen an die Handwerker. Ausreichendes Leihkapital zu erträglichem Zinsfuß für das Handwerk. Beseitigung der geschäftlichen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen, die die Reuebelebung des durch die bisherige Wirtschaftspolitik zerstörten betrieblichen Eigenkapitals verhindern.

Sinweise

Sinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen und werden mit 50 Pfg. die Zeile berechnet.

Alldentscher Verband. Dr. Graf Brockdorff, Geschäftsführer im Alldentschen Verband in Berlin, sprach am Freitag, den 21. Oktober, abends 8.15 Uhr, im „Wildbader Hof“ in Wildbad über „Die Sünden der Hochfinanz in der Wirtschaftskrise“, worauf wir nochmals besonders hinweisen. Besonders betont soll hier werden, daß der Alldentsche Verband unabhängig ist von jeder Partei und keine Bindungen kennt an irgend welche wirtschaftliche Gruppe. So ist es in der gegenwärtigen Zeit sicher vielen ein Bedürfnis, einen Redner zu hören wie Graf Brockdorff, der getreu den Zielen des Alldentschen Verbandes nur vom Standpunkt des Gesamtvolkes unseres Vaterlandes für seine Belange eintritt.

Gemeinde Birkenfeld.

Personenstands-Aufnahme 1932.

Die Listen für die Personenstands- und Betriebs-Aufnahme auf 10. Oktober ds. Js. sind bis spätestens 29. Oktober ds. Js. auf der Polizeiwache hier abzugeben.

Birkenfeld, den 19. Oktober 1932.

Bürgermeisteramt: Neuhaus.

Gemeinde Birkenfeld.

Fleischarten-Ausgabe.

Auf der Gemeindepflege können in den nächsten Tagen innerhalb der üblichen Kassenstunden

Fleischarten

zum Bezug von verbilligtem Fleisch abgeholt werden. Bezugsberechtigt sind die von der öffentlichen Fürsorge laufend unterstützten Personen (auch Wohlfahrtserwerbslose) und die Empfänger von Zusatzrente durch die Bezirksfürsorgebehörde.

Für die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Altersfürsorge werden die Bezugsscheine von den Arbeitsämtern ausgegeben.

Die Unterstüßungsbescheide sind bei der Abholung vorzulegen.

Birkenfeld, den 19. Oktober 1932.

Gemeindepflege: Wucherer.

Moderne

Damen = Mäntel

empfiehlt zu den niedrigsten Preisen

Johs. Förschler, Birkenfeld,
Konfektionshaus.

Radio- Anlagen Reparaturen Umtausch

einwandfrei und preiswert. Vorführung unverbindlich.

Otto Becht, Radio-Fachingenieur, Birkenfeld,
Bahnhofstraße 1. Telefon 4931.

Preise: 3 Röhren-Fernempfänger, je nach Fabrikat, Blaupunkt, Nora, Lorenz, 138.— bis 159.50 Mark.
Besonders günstig je ein gebrauchtes 2 Röhren-Netzgerät für Gleich- und Wechselstrom, mit neuen Röhren und Lautsprecher 58.— Mark.

Forstamt Calmbach.

Lieferung u. Befuhr von Kalkschotter.

Am Mittwoch den 26. Oktober 1932, vorm. 11 Uhr, in Calmbach auf der Forstamtskanzlei wird die Lieferung und Befuhr von 560 cbm Muschelkalkschotter vergeben. Die Bedingungen können auf der Forstamtskanzlei eingesehen werden. Angebote bis zu oben genanntem Zeitpunkt an das Forstamt.

Zu verkaufen:

Wohnhaus mit Laden und Werkstätt in günstiger Geschäftslage.
Angebote unt. Chiffre B. 3. 2720 an die „Enztaler“-Geschäftsstelle.

Birkenfeld.

25 Zentner

Dickrüben

zu verkaufen
Dietlinger Str. 105.



Jubiläumsverkauf zum 25. Jahrg. Bestehen der Edeka

- | | |
|--|---------|
| 2 Pfund Taleireis glasiert | 35 Pfl. |
| Neue Linsen kleine | 22 Pfl. |
| mittlere | 25 Pfl. |
| große | 30 Pfl. |
| Oelsardinen 3 Dosen | 90 Pfl. |
| Frischgebrannte Kaffees aus eigener Rösterei | 55 Pfl. |
| 1/4 Pfund Mk. 1.—, 90, 75, 65 und | 55 Pfl. |
| Columbia-Mischung, hochfein, besond. vorteilhaft | 65 Pfl. |
| Weiß- und Rotweine in Literflaschen von an ohne Glas | 70 Pfl. |
| 1931 er Malkammerer weiß, offen, Liter | 55 Pfl. |
| 1931 er Kallstadter rot offen, Liter | 60 Pfl. |

Edeka-Läden

165 Geschäfte in Pforzheim und Umgebung

Bezirks-Consum-Vereln

Neuenbürg. E. G. m. b. H.

Achtung! Mitglieder!
Morgen trifft ein Waggon
schönes
Silberkraut
ein, per Zentner
1.80.
Der Vorstand.

Zwangs-Versteigerung.

Es wird öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Freitag, 21. Okt., 10 Uhr, in Arnbad:

1 Milchkuh.

Zusammenkunft am Rathaus. Gerichtsvollzieherstelle Neuenbürg.

Starter- und Beleuchtungs-Batterien

für Automobile und Motorräder. Batterie-Reparaturen

Auto-König
Neuenbürg, Telef. 272.

Neuenbürg — Calmbach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag den 22. Oktober 1932 im Gasthaus zum „Gold. Anker“ in Calmbach stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Hermann Karcher,

Sohn des Gottfried Karcher, Bahnwärters a. D., Neuenbürg.

Emma Dengler,

Tochter des Hermann Dengler, Metallrükkers, Calmbach.

Kirchgang 12 Uhr in Calmbach.

Statt Karten! Dobel.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag den 23. Oktober 1932 im Gasthaus zum „Röble“ in Dobel stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Ernst Kraft, Schmied,

Sohn des Friedr. Kraft, Schmiedmeisters in Dobel.

Julie Wacker,

Tochter des Wilhelm Wacker, Schreiners in Dobel.

Kirchgang um 10 Uhr in Dobel.

Waldbrennach, den 20. Oktober 1932.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die mir von allen Seiten bei dem Heimgang meiner lieben Gattin

Friedrike Ehrhardt,

geb. Wildbret,

entgegengebracht wurden, für den erhebenden Gehang des Leichenchors und allen, die sie während ihrer Krankheit erheitert und zur letzten Ruhestätte begleitet haben, sage ich im Namen aller Hinterbliebenen herzlichsten Dank.

Der trauernde Gatte: **Johann Ehrhardt.**

Gräfenhausen.

Weißwein

aus bester Lage, auch kleine Quantums, verkauft

Ernst Wenz, Bauer.

Birkenfeld.

2 Zimmer-Wohnung

zu vermieten

Dietlinger Str. 28.

Wer auf Propaganda verzichtet, gleicht einem Manne ohne Wohnung; niemand kann ihn finden.